

SPIEGEL *Titel*

„Das ist geistliche Nötigung“

Mit ihrem Hirtenbrief zur Wahl haben die katholischen Bischöfe alte Feindbilder belebt. Der Kanzler wettet gegen die CDU-Helfer in der „Soutane“, die Union erhofft sich

von dem Streit um das Kanzelwort Auftrieb für ihren Wahlkampfhit von der Staatsverschuldung. Doch die meisten Katholiken scheren sich kaum um das Votum von oben.

Auf der Tagesordnung des Kabinetts stand am Mittwoch voriger Woche die Importhilfe der Europäischen Gemeinschaft für neuseeländische Butter. Jährliche Belastung für den Bundeshaushalt: 70 Millionen Mark.

Als erster meldete sich Kanzler Helmut Schmidt zu Wort: „Ich bitte um Vortrag darüber, was die Deutsche Bischofskonferenz dazu sagt. Dürfen wir die Butter kaufen oder nicht?“

Der Regierungschef war bei seinem neuen Reizthema, dem Hirtenbrief der Bischofskonferenz, in dem die katholischen Kirchenführer offen Wahlkampf für die CDU/CSU betreiben — gegen Staatsverschuldung, gegen Bürokratisierung, gegen die Reform des Abtreibungsparagrafen 218.

Die alten Herren aus dem Episkopat haben es geschafft, den matten Wahlkampf, der in Langeweile zu ersticken schien, doch noch hochzubringen.

Für die Sozialdemokraten geht es jetzt nicht mehr nur um Frieden in der Welt, sondern auch um den Frieden mit dem Klerus. Alte Wunden aus der Ära Adenauer, als Staatsmacht und Kirche miteinander verfilzt waren, brechen bei gestandenen Sozis auf, und lautstark bejubeln sie ihren Kanzler, wenn der gegen die Politiker in der „Soutane“ wettet.

Im Kabinett versuchte Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel, prominentester Katholik in Schmidts Mannschaft, am letzten Mittwoch, den Sarkasmus des Genossen Kanzler zu dämpfen. Statt — wie Schmidt — draußen im Wahlkampf gegen die Oberkatholiken loszupolemisieren, riet der Minister, besonnen über die angemessene Reaktion zu diskutieren. Zu-



* Bei einem Besuch des Kardinals im Bonner Kanzleramt im April 1977.

Kontrahenten Schmidt, Höffner*: „Ich fühle mich getäuscht“

Was ein Hirte so alles weiß

Es gab einmal einen Kardinal Döpfner, Erzbischof von München und Freising. Er war Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz. Durch Erfahrungen gewitzt, hatte er erkannt, daß es weder klug noch weise wäre, den katholischen Wählern der Bundesrepublik vorzuschreiben, welche Parteien sie zu wählen hätten. Es gab auch einmal einen Prälaten namens Josef Hommeyer, Sekretär der katholischen Bischofskonferenz, es gibt ihn noch.

Sechs Wochen nach dem Tod Döpfners, aus Anlaß der Bundestagswahlen 1976, wurde er im Deutschlandfunk gefragt, ob alle Parteien gleich wählbar für die gläubigen Katholiken seien. Er antwortete ohne Einschränkung:

Ja. Ich würde das eindeutig sagen. Jene, die eindeutig auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, sind im Prinzip wählbar, und da es eben mehrere sind, muß die Entscheidung des einzelnen gefällt werden, denn das ist ja nun gerade der Sinn der Wahl.

Der Reporter hakte nach, ob die katholische Kirche nicht aufgrund des Dissenses in bestimmten gesellschaftspolitischen Grundfragen eine Abwahl der SPD/FDP-Regierung wünschen müsse, auch wenn sie das den Gläubigen nicht direkt empfehle. Die Antwort:

Nein. Was die Kirche wünschen muß, ist, daß alle Parteien, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen wollen und sicherlich auch grundsätzlich stehen, sich an diesem Grundgesetz orientieren. Das ist ihre entscheidende Sorge.

Man sieht, der Prälat hatte sich aus dem Fenster gelehnt. Er hatte das Grundgesetz und das Bundesverfassungsgericht als die einzig entscheidenden Instanzen bezeichnet. Er hatte sogar noch hinzugefügt, konkret müsse der einzelne wissen, was er zu wählen habe.

So war nun nie die Praxis der katholischen Kirche. Auf einer Regenbogenbrücke von frommem Schein errichtet, hatte sie bis zu Döpfners Zeiten nie darauf verzichtet, das Gewissen der Gläubigen zu strapazieren.

Dies bedeutet ja gar nicht, daß alle Meinungen der Bischöfe von

vornherein zu verwerfen seien. Zu verwerfen ist ihr Anspruch, daß sie eine höhere, eine auf einen Jesus Christus gegründete Weltordnung zu befehlen hätten. Wer uns das heute noch erzählt, wird einen zweiten Kulturkampf erleben, der nicht mit dem Gang nach Canossa endet.

1976 wurde Hommeyers klare Aussage von seinem Chef, dem amtierenden Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Joseph Kardinal Höffner, als eine „Privatmeinung“ abgetan. Aber da Kardinal Döpfner noch nicht lange genug tot war, mußte sein Nachfolger Höffner 1976 noch vorgeben, auch seinerseits nur eine private Meinung, und nicht etwa ein Wort der Bischöfe, kundzutun. Welche denn?

Nun die: Zuerst müsse die Wahlentscheidung von der Reform des Paragraphen 218 beeinflusst werden. Das bedeutete: Wer also diesen unwirksamen und abgestandenen Paragraphen ändern wolle, sei nicht wählbar. Offenbar gab es nach Ansicht dieses Hirten — wen hütet er übrigens? — kein anderes wichtiges Problem auf dieser Welt.

Diese Gesinnung, neuerdings durch Papst Wojtyła offenbar im Schwange, läßt uns gar keine Wahl mehr. Wir müssen darauf beharren, daß die Welt zugrunde geht, wenn die kirchlichen Schein-Heiligen ohne irgendeine Kenntnis der Verhältnisse Wahl-Urteile sprechen.

Hier zeigt sich eine intellektuelle Minus-Ausstattung, die zur Empörung Anlaß gibt. Man wünschte wirklich, die Herren, denn Damen sind da ja nicht gefragt, müßten so leben wie in anderen zivilisierten Ländern auch, nämlich von den Spenden ihrer Gläubigen.

Diese Leute, die nie lernen mußten, mit der Arbeitswelt umzugehen, die nie mit einem Betriebsrat zu tun hatten und deren Produktivität nun wirklich zu wünschen übrigläßt: Sie würden ihren Laden ja gar nicht halten können, wenn ihnen nicht viele nichtgläubige Steuerzahler aus irrationalen Gründen das materielle Dasein ermöglichten. Der Staat organisiert ihnen, was sie aus eigenem

nie zuwege bringen würden. Dafür hat er das unbezweifelbare Recht, daß die Hirten sich nicht als Finanzminister aufspielen.

Sie mögen sich doch bitte darüber unterhalten, ob ein Gott ist in drei Personen. Sie mögen uns doch bitte selber überlassen, Probleme zu regeln, für die sie weder Verständnis noch Kenntnis noch irgendeine Moral mitbringen.

Da die Kirche Trost und Rat spendet, wird sie mit Recht geschont. Aber wir wollen doch klar aussprechen, daß ihre geistige Ausstattung die materiellen Mittel, die ihr zufließen, nicht rechtfertigt. Sie hat, zumindest in der Personifizierung der Kardinäle Höffner und Ratzinger, wenig genug zu bieten.

Die römischen Herren werden alimentiert. Wenn sie über die ihnen gezogenen Grenzen hinausgehen, muß man ihnen klarmachen, daß sie sich vergaloppiert haben. Schließlich ist Deutschland keine katholische Festung wie Polen, sondern es gab hier einen Martin Luther.

Wir haben uns mit äußerster Geduld angehört, was die Herren Bischöfe zum Paragraphen 218 und zur Ehescheidung mitzuteilen wußten — Themen, deren praktische Grundlagen ihnen von Natur her fremd sein sollten. Wir werden uns nicht mehr anhören, was sie zu Fragen der Arbeitslosigkeit, der Renten, der Staatsverschuldung etc. pp. von sich geben. Diese Fragen sind diffizil genug, auch für Leute, die was davon verstehen. Ignoranten wie Ratzinger und Höffner können dazu nichts beitragen.

Es geht nicht darum, der römischen Kirche eins überzubraten. Es geht darum, ihr ein für allemal klarzumachen, daß sie in den Dingen dieser Welt nicht schon deshalb kompetent ist, weil sie von ihnen profitiert. Wir wollen keine Nebenregierung, und vor allem keine von so unkompetenten Leuten. Selbst die Gewerkschaften, als weltliche Interessenvertreter, wissen ja, wovon sie reden. Die Kardinäle Höffner und Ratzinger wissen das nicht.

nächst stellte Vogel klar, daß es sich bei dem von der „Frankfurter Rundschau“ am vorletzten Freitag veröffentlichten Papier keineswegs um eine vorläufige Fassung handele. Denn lange zuvor schon hätten kirchliche Amtsblätter den Wortlaut publiziert.

Zum Beleg schwenkte Vogel das „Pastoralblatt des Bistums Eichstätt“ vom 3. September, das sogar den Vermerk „Sperrfrist: 20. September 1980, 17.00 Uhr“ mitgedruckt hatte.

Dann tröstete der Minister die Runde, daß es auch innerhalb der katholischen Kirche Kritik an der Wahlhilfe für Franz Josef Strauß gebe. So hätten die katholischen Jugendlichen der Diözese Rottenburg in einem sechsseitigen Papier „dieses Hirtenwort als eindeutige Wahlempfehlung für eine Partei — die CDU/CSU — und damit gegen andere demokratische Parteien“ bedauert. Vogel hoffnungsfroh: „Man muß sich mal vorstellen, wie die jungen Teilnehmer des katholischen Kirchentages in Berlin reagiert hätten, wenn dort der Hirtenbrief verlesen worden wäre: Das Stadion wäre explodiert.“

Schließlich entwickelte der Justizchef die künftige Kirchen-Strategie der Sozialliberalen. Die Regierung, so warnte er, solle die massive Konfrontation vermeiden. Vogel: „Es dürfen keine neuen Gräben aufgerissen werden.“

„Die Kirche soll sich gefälligst um das Grundsätzliche kümmern.“

Statt den Bischöfen ihre Parteinahme vorzuhalten, sei es besser, ihnen das hinzureiben, wozu sie geschwiegen hätten: zur Nord-Süd-Problematik, zum Umweltschutz oder zur Gewissensprüfung für Wehrdienstverweigerer.

Nicht zuletzt müsse man herausstellen, „daß die Bischöfe zur gleichen Zeit durch Polen reisen, sich in ihrem Hirtenbrief aber kein Wort zur Entspannungspolitik und zur Lage in Polen findet“.

Ökumenischen Beistand erhielt Katholik Vogel vom protestantischen Laienprediger Hans Apel. „Natürlich“, räumte der Verteidigungsminister ein, „habe ich was dagegen, wenn die Herren im Talar nach Brokdorf marschieren.“ Aber man dürfe ihnen nicht das Recht bestreiten, die Tagespolitik zu kommentieren. FDP-Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff pflichtet bei.

Doch Schmidt mochte sich den Rat zur Mäßigung nicht zu eigen machen. Wie schon tags zuvor auf dem Bielefelder Marktplatz vor 12 000 Menschen oder vor 7000 Genossen in der Kasseler Eissporthalle polterte der Kanzler: „Ich messe dieser Auseinandersetzung staatspolitische Bedeutung bei. Das verlangt eine klare Antwort. Die Kirchen haben im Tagesgeschäft nichts verloren, die sollen sich gefälligst um das Grundsätzliche kümmern.“

Geteilt wird diese Ansicht des Kanzlers, so ergab eine Blitz-Umfrage des SPIEGEL, auch von der Mehrheit der westdeutschen Katholiken (siehe Seite 24).

Schmidt ist überzeugt, daß seine scharfen Reaktionen der SPD im Wahlkampf nicht schaden, schon gar nicht bei den katholischen Arbeitnehmern, die nach Ansicht der Meinungsforscher zu den wahlentscheidenden Stimmbürgern zählen. Der Kanzler: „Die wählen sowieso SPD.“

Die Union sieht das anders. Schmidt habe der CDU/CSU den Gefallen getan, freute sich der Vorsitzende der Sozialausschüsse, Norbert Blüm, den Hirtenbrief erst richtig publik zu machen.

Auch kirchennahe Sozialdemokraten fürchten, die Kanzler-Attacken gegen

Doch gegen den klerikalen Vorwurf der Mißwirtschaft und der Bürokratisierung haben der Kanzler und sein Finanzminister Hans Matthöfer (siehe Seite 21) gute Argumente. In seinen Wahlreden rechnet Schmidt den Bischöfen penibel vor, daß ausgerechnet die Kirchen von jenen Staatssubventionen profitieren, die nur durch Kredite zu finanzieren sind — für kirchliche Krankenhäuser, Schulen und Kindergärten.

Und Beifall findet Helmut Schmidt auch, wenn er auf offenem Markt anprangert, wie sehr die Kirche bei ihrem Geschrei ums Gemeinwohl den eigenen Vorteil zu wahren weiß.

Seit Jahren bedienen sich evangelische Landeskirchen wie katholische Bistümer ausgerechnet bei jenen, deren



Katholiken Strauß, Ratzinger*: „Sehr strenger Standpunkt“

die Bischöfe könnten jene Konservativen doch noch zu den Wahlurnen treiben, die zwar Strauß nicht mögen, Angriffe gegen die Kirche aber noch weniger.

Die Christdemokraten kalkulieren noch anders: Sie setzen auch darauf, daß Schmidts Philippika gegen die Einmischung der Priester in die Finanzwirtschaft des Staates erst recht den Wahlkampf auf die Propaganda der Union gegen die „Staatsverschuldung“ lenkt. Blüm: „Das Thema erreicht jetzt endlich die Leute. Wenn die Bischöfe sagen, die Verschuldung sei eine Sünde an den eigenen Kindern, das hat mit Moral zu tun, das ist gefährlich für Helmut Schmidt.“

Und in „Bild“ lüftete Strauß am Samstag ein Staatsgeheimnis, die SPD wolle nach der Wahl der Kirche „den Finanzhahn zudrehen“.

* Beim Neujahrsempfang 1980 der Bayerischen Staatsregierung.

Rechte sie stets lautstark vertreten: den kinderreichen Familien.

Als Bonn 1975 den Steuerfreibetrag für Kinder abschaffte und durch das Kindergeld ersetzte, wurde in das Einkommensteuergesetz eine Vorschrift eingefügt, nach der das Kindergeld von der Steuerschuld abgezogen und die Kirchensteuer erst von dem so verringerten Betrag berechnet wird. Sinn der Regelung: Die kinderreichen Familien sollten finanziell entlastet werden.

Bei jeder Erhöhung des Kindergeldes müßten die neuen Beträge eigentlich in diese Vorschrift eingesetzt werden. Das aber geschah nur 1978. Bei der Anhebung ein Jahr später setzten die Kirchen durch, daß alles beim alten blieb. Hauptargument der erfolgreichen Lobbyisten: steigender Geldbedarf fürs Personal.

Auf diese Weise holten sich die Kirchenkassierer im vergangenen wie in diesem Jahr jeweils 100 Millio-



Hirtenwort-Verfasser Rauscher
Der CSU verbunden

nen Mark, 1981 werden es nach Berechnungen des Bonner Finanzministeriums sogar 200 Millionen sein.

In seinem Zorn erwägt der Kanzler bereits, nach seiner Wiederwahl in der Regierungserklärung mit den Bischöfen abzurechnen. Zu tief sitzt der Ärger. Schmidt im Kabinett: „Ich fühle mich getäuscht.“

In seinen vielen Gesprächen mit den Herren Bischöfen hätten die niemals das Thema Staatsfinanzen angeschnitten. Von einem Zettel, den sein Büroleiter Werner Bruns in die Kabinettsitzung reichte, las Schmidt vor, daß er seit 1975 insgesamt 99 Stunden mit Bischöfen zugebracht habe; die Vorbereitungszeit für solche Gespräche nicht gerechnet.

So hatte Schmidt am 20. Februar 1978 im Kanzlerbungalow eine Delegation der Bischofskonferenz mit den Kardinälen Joseph Höffner und Joseph Ratzinger empfangen. Die Herren verabredeten, im Gespräch zu bleiben.

Am 20. Februar diesen Jahres fragte Kanzleramtschef Manfred Schüler telefonisch beim Prälaten Paul Bocklet an, ob jetzt nicht die Zeit für einen neuen Dialog gekommen sei. Fünf Tage später rief der Leiter des katholischen Bischofsbüros in Bonn, das im Auftrag der Hirten die Kontakte zu Parteien und Regierung pflegt, zurück: Kardinal Höffner bedanke sich für die Einladung, aber er wolle erst nach den Wahlen kommen.

Schmidt blieb arglos. Selbst als der Oberhirte sich weigerte, beim Kölner Dom-Jubiläum im Juni mit dem SPD-Kanzler ein öffentliches Zwiegespräch zu führen, schwante ihm nichts.

Auch Fraktionschef Herbert Wehner, aktiver Protestant, fühlt sich von den Katholiken hereingelegt. Er könne, so der Altsozialist auf einer Wahlveran-

staltung im fränkischen Hof, den Bischöfen weder in Latein noch in Griechisch oder Hebräisch antworten, er sei ja nur evangelisch. Aber er denke da an ein Wort, das er „in der Luther-Übersetzung gelernt“ habe: „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten.“

Eifernden Unionschristen reichte die Kritik der Spitzengenossen schon aus, um die Sozialdemokraten wieder mal in die Nähe der Nationalsozialisten zu rücken. So erregte sich der katholische CDU-Hinterbänkler Willi Weiskirch: „Daß die Kirchen daran gehindert werden sollten — und daran gehindert worden sind, ihre Meinung zu sagen, war die böse Praxis einer Zeit, die sich wohl niemand zurückwünscht.“

Doch die Unionschristen reden mit doppelter Zunge. Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht etwa, der sich in „Bild“ vehement die SPD-Schelte des katholischen Hirtenbriefs verbat, wettete zugleich zusammen mit seinen Parteikollegen Lothar Späth aus Baden-Württemberg und Gerhard Stoltenberg aus Schleswig-Holstein gegen 13 evangelische Christen, die ihren Glaubensbrüdern öffentlich empfohlen hatten, „Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei“ zu wählen.

Der Chef des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Westfalen-Lippe, der Landtagsabgeordnete Gerhard Rödding, klärte schriftlich alle Pfarrer und Presbyter in Westfalen auf, da seien „Außenseiter“ und „utopische Schwärmer“ am Werk.

Anders als die katholischen Bischöfe sprachen die Protestanten indes nur für sich — ohne die Autorität ihrer Kirche

im Kreuz. Denn die evangelische Amtskirche hat es bislang sorgsam vermieden, sich in den Wahlkampf einzumischen. „Die Entscheidung, für welche Partei er stimmt“, so der Sprecher der Evangelischen Kirche in Deutschland, Dietrich Sattler, „muß jedem Christen überlassen bleiben.“

Auch besonnene Prälaten bei den Katholiken hatten zunächst versucht, ihre Kirche aus dem unmittelbaren Wahlkampf herauszuhalten. Der Aachener Bischof Klaus Hemmerle fertigte einen Entwurf zum geplanten Sendschreiben an die „Brüder und Schwestern im Herrn“, der sich an die Linie der Wahl-Hirtenbriefe von 1972 und 1976 hielt, die Gläubigen zur Stimmabgabe zu ermahnen, ihnen aber keine bestimmte Partei zu empfehlen.

Die zweite Fassung schrieb ein Jesuit.

Doch Hemmerles Fassung wurde in der Kommission VI der Bischofskonferenz (gesellschaftliche und sozial-caritative Fragen) als zu lasch verworfen. Vorsitzender des Gremiums: Kardinal Höffner.

Als neuen Autor schlug der Sekretär der Bischofskonferenz, Prälat Josef Homeyer, einen Gelehrten vor: den erreaktionären Jesuiten Anton Rauscher, Professor für Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Augsburg und Chef der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach, ein Institut, das seit Jahren vornehmlich konservatives



Katholiken-Demonstration in München (1974): Offensive gegen die böse Welt

„So wahr mir Gott helfe, was soll ich tun?“

Finanzminister Hans Matthöfer schreibt an Joseph Kardinal Höffner

Sehr geehrter Herr Kardinal!

Das von den katholischen Bischöfen verbreitete Hirtenwort zur Bundestagswahl, das am kommenden Wochenende in den Kirchen verlesen werden soll, hat mich als Katholiken und für die Staatsfinanzen verantwortlichen Minister tief betroffen gemacht. Ich habe ernste Zweifel, ob es wirklich zu den Aufgaben der Bischöfe gehört, sich in negativ wertender Weise zur staatlichen Finanzpolitik zu äußern. Immerhin können die Meinungen darüber geteilt sein.

Als katholischer Christ frage ich mich aber, ob die Bischöfe von der Sache her wirklich gut beraten sind, im Hirtenwort von den Kanzeln deutscher Kirchen Wahlparolen der Opposition verbreiten zu lassen. Dies gilt besonders in bezug auf die angeblich ausufernde Staatsstätigkeit, auf die sogenannte Belastung kommender Generationen und die Frage der Staatsverschuldung.

Die Fragen, die ich den katholischen Bischöfen dazu stellen möchte, kommen zu spät, um am Lauf der Dinge noch etwas zu ändern, da das Hirtenwort schon verbreitet wurde. Die angesprochenen Katholiken werden sich — genau wie ich — jedoch Gedanken darüber zu machen haben, welche Konsequenzen sich eigentlich aus der Kritik der Bischöfe ergeben und was diese Kritik in der Sache bedeutet.

Deshalb wäre ich für Rat und Antwort auf die folgenden neun Fragen dankbar:

1. Die verstärkte Kreditaufnahme in den letzten Jahren war nach meiner festen Überzeugung unabweisbar notwendig, um angesichts der weltweiten wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine Massenarbeitslosigkeit in unserem Land zu vermeiden. Das zeigt ein Blick auf die Arbeitslosenstatistik der mit uns vergleichbaren Industrieländer. Entsprach unsere Politik nicht der kirchlichen Forderung, „daß alle Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen auch wirklich Arbeitsgelegenheit finden“ (Enzyklika Quadragesimo anno, Tz. 74)?

2. Die Bundesregierung hat sich angesichts weltweiter krisenhafter Entwicklungen zu ihrer Verantwortung bekannt, für Vollbeschäftigung in unserem Land zu sorgen. Die Forderung der Kirche an die staatliche Führung, „daß sie sich in vielfältiger Weise, umfassender und

planmäßiger als früher, wirtschaftspolitisch betätigt und dafür angepaßte Einrichtungen, Zuständigkeiten, Mittel und Verfahrensweisen ausbildet“ (Enzyklika Mater et magistra, Tz. 54), wurde auch auf diese Weise erfüllt. Wie vereinbaren die Bischöfe damit ihre pauschale Kritik an der Staatsstätigkeit?

3. Das Grundgesetz und das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft verpflichten mich, bei allen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichge-



Briefautor Matthöfer
Verzicht auf eine Milliarde?

wichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

Ich habe geschworen — „So wahr mir Gott helfe“ — die Gesetze des Bundes zu achten. Was soll ich tun?

4. Sind die Bischöfe bereit, mir zu erläutern, auf welchen Gebieten durch Einschränkungen der Staatsstätigkeit gespart werden soll, und sind sie auch der Meinung, daß es sittlich fragwürdig wäre, dem Volk

zu verschweigen, was die Konsequenz ihrer Sparforderungen wäre?

5. Sind die Bischöfe bereit, die mehr als eine Milliarde DM, die die Kirchen im Jahr von Bund, Ländern und Gemeinden erhalten, zur Disposition zu stellen, oder bedeutet die Betonung des Subsidiaritätsprinzips im Hirtenwort, daß sie selbst von allen Sparmaßnahmen verschont bleiben wollen?

6. Inwiefern sehen die Bischöfe eine Belastung der Lebens-Chancen unserer Kinder darin, daß der Bund Kredite aufgenommen hat, obwohl ohne diese Mittel viele Zukunftsinvestitionen nicht hätten finanziert werden können? Hätten die öffentlichen Hände etwa weniger für die Ausbildung unserer Kinder, für die Krankenhäuser, für den Wohnungs- und Städtebau oder für die Arbeitsmarktpolitik ausgeben sollen, um weniger Kredite aufnehmen zu müssen?

7. Schaffen wir nicht gerade durch unsere Zukunftsinvestitionen, auch wenn sie teilweise durch Kredite finanziert worden sind, finanzielle Möglichkeiten für wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Gestaltungsmöglichkeiten unserer Kinder, die eine ausgebaute Infrastruktur und ein geordnetes Land von uns übernehmen werden und nicht durch den Verzicht auf eigene Entfaltungsmöglichkeiten erst selbst schaffen müssen? Wollen die Bischöfe meine sorgfältig durchdachte Meinung, daß ein realer Ressourcentransfer von zukünftigen auf die jetzige Generation nicht möglich ist, einfach als unbegründet und unbeachtlich erklären?

8. Warum schweigen die Bischöfe dazu, wie im Wahlkampf unbegründete Ängste vor einer Währungsreform geschürt werden, um damit Wählerstimmen zu gewinnen?

9. Sind die Nord-Süd-Problematik, die Entwicklungshilfe, Umweltschutz, die Humanisierung der Arbeitswelt für die Bischöfe im Vergleich zu Bürokratisierung und Staatsverschuldung so unwichtig, daß sie sie nicht einmal der Erwähnung für wert befinden? Wer soll nach Meinung der Bischöfe die Mittel dafür aufbringen, unsere christliche Pflicht zur Hilfe im Innern und nach außen zu erfüllen, wenn nicht der Staat?

Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

Ihr Hans Matthöfer

kirchliches Gedankengut über Staat und Gesellschaft unter das gläubige Volk streut.

Rauschers Vorteil: Er ist der Christlich-Sozialen Union des Franz Josef Strauß eng verbunden und dient der CSU in einer Kommission „Kirche und Staat“ als tatkräftiger Berater.

Homeyer und Rauscher taktierten geschickt. Der Sekretär, zuständig für die Koordination des innerkirchlichen Apparates, hielt zunächst einen anderen Prälaten außen vor, der als Bonner Bischofslobbyist die Kontakte zwischen Kirche und Staat hält: Paul Bocklet, Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe.

Rauscher verfaßte seinen Entwurf für die Wahlepistel ohne Bocklet und dessen Crew — aus gutem Grund: Das Bonner Bischofsbüro war in den vergangenen Jahren maßgeblich an der Pflege besserer Beziehungen zwischen SPD und Kirchenfürsten beteiligt. Der Hirtenbrief, so verbreiteten Bocklet-Mitarbeiter denn auch flugs, finde keineswegs ihre Billigung.

Die Höffner-Kommission jedoch nahm den Rauscher-Entwurf mit Wohlgefallen auf und verwies das Papier mit leichten Retuschen zur Genehmigung an den Ständigen Rat der Bischofskonferenz.

Rückfall in die Adenauer-Ära.

Der Rat, dem je ein Mitglied des Episkopats aus den 22 westdeutschen Diözesen angehört, gab seinen Segen. Das Hirten Schreiben wurde an alle Bistümer versandt, die es in ihren Amtsblättern veröffentlichen und den Pfarrern zuleiten sollten.

Drei Tage brauchte der Kölner Kardinal, als er am Montag letzter Woche von einer Polen-Wallfahrt heimkehrte, bis er sich zu einem Hirtenwort zur Lage aufraffte — und auch diesmal lieferte der Jesuit Rauscher ihm die Stichworte.

„Ich verwahre mich“, so konterte Höffner am vergangenen Donnerstag in einer schriftlichen Erklärung die ebenso einhellige wie heftige Kritik selbst CDU-naher Blätter und TV-Kommentatoren am Hirtenbrief, „gegen die Unterstellung, die Bischöfe hätten in ihrem Schreiben die Wahlparolen einer Partei überhommen.“

Und vor den Fernsehkameras der ARD wiegelte er ab: Die Bischöfe hätten mit ihrem Veto gegen die Staatsverschuldung nicht nur den Bund gemeint, sondern auch Länder und Gemeinden.

Dann aber schlug der Kardinal noch einmal nach. Die „Ausweitung der Staatsstätigkeit“ und die „gefährlich hohe Staatsverschuldung“ verstießen gegen den Grundsatz der Subsidiarität, „der ein Eckpfeiler der katholischen

Soziallehre und die Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung ist“. Die Subsidiarität verbiete es dem Staat, sich in jenen Bereichen auszuweiten, die andere gesellschaftliche Gruppen aus eigener Kraft gestalten können.

Schon heute, so der Kardinal-Ökonom später in der „Tagesschau“ fürs einfache Volk, falle „auf jeden Haushalt eine Verschuldung von 17 000 Mark. Das beunruhigt die Leute“ — als ob die für die öffentlichen Schulden haften müßten; als ob, umgekehrt, die am Reichtum der Kirche teilhaben dürften.

Höffners Fazit: „Wenn wir hier unsere Bedenken anmelden, dann geht es um die Grundlagen unserer Gesellschaft.“ Und: „Es liegt in der Entscheidung der Parteien, ob ihre Pro-

mals: „In vielen Bereichen des heutigen Lebens muß... nicht selten die Freiheit einzelner eingeschränkt werden, um die Freiheit vieler zu sichern. Jede undifferenzierte Zurückweisung des heutigen Sozialstaates zugunsten übertriebener individueller Freiheit übersieht den langen und schwierigen geschichtlichen Weg, den wir zur Überwindung staatlicher Passivität in Abkehr von den utopischen Harmonieerwartungen des individualistischen Liberalismus gegangen sind.“

Zwei Jahre später bekräftigte die Römische Bischofssynode — ein nach dem Konzil eingerichtetes Gremium, das in regelmäßigen Abständen tagt und dem Vertreter des Episkopats aus aller Welt angehören — diese Grundsätze. „Wo es vom Evangelium Jesu Christi her legitimiert ist“, so die Syn-



Bischof Tenhumberg: „Die meisten Oberhirten sind ohne eigene Meinung“

gramme diesen Grundsätzen zustimmen oder diese Grundsätze ablehnen.“

Eher schon umgekehrt. Denn in Wahrheit trifft die Kritik die Gottesmänner an einem empfindlichen Punkt: Der Hirtenbrief zur 80er Wahl verstößt eindeutig gegen jene Grenzen, die sich die Bischöfe nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil selbst gesteckt haben.

In einem amtlichen Kommentar zur Konzilslehre über „Die Kirche in der Welt von heute“ beteuerten die Bischöfe 1969, sie würden sich künftig nur noch dann in die Politik einmischen, „wenn die Grundlagen unserer Demokratie in Gefahr geraten, wenn unverzichtbare Rechte der Menschen geschmälert beziehungsweise preisgegeben oder wenn die Freiheit der uns von Christus übertragenen Verkündigung des Evangeliums direkt oder indirekt eingeschränkt würde.“ Und anders als heute lehrten sie da-

malen, „haben die Amtsträger der Kirche das Recht und die Pflicht, zu Vorhaben einer politischen Partei Stellung zu nehmen. Bei den vielen Fragen der praktischen Politik, für deren Lösung sich aus dem Evangelium keine eindeutige Antwort ergibt, ist jedoch Zurückhaltung der Kirche am Platz.“

Der Hirtenbrief ist in der Tat ein Rückfall in die Steinzeit der Republik — wenn auch im Tonfall noch immer weit moderater als Bischofsworte während der Adenauer-Ära.

Schon vor der Wahl zum ersten Parlament trieben die Oberhirten 1949 ihre Gläubigen mit der Ermahnung an die Urne: „Der christliche Wähler, der sich jetzt der Stimme enthält... unterstützt letzten Endes diejenigen Kräfte, die seine christlichen Grundsätze ablehnen.“

Fortan vergatterte der Episkopat alle vier Jahre seine Katholiken, nur



Kardinäle Döpfner (l.), Höffner (r.): „Es ist höchste Zeit, daß die gläubigen Katholiken nach dem Rechten sehen“

solche Kandidaten zu wählen, „deren christliche Grundhaltung bekannt ist, und deren öffentliche Tätigkeit dieser Grundhaltung entspricht“ (Hirtenbrief 1957).

Einzelnen Prälaten war selbst das nicht deutlich genug. Der Bischof von Aachen, Johannes Pohl Schneider, etwa verbot seinen Diözesanen unverblümt, Parteien zu wählen, „die auf Grund falscher Anschauungen, seien sie sozialistischer oder liberalistischer Herkunft, wesentliche Forderungen des katholischen Glaubens“ ablehnen.

Und sein Münsteraner Amtsbruder Michael Keller befand kurz und bündig, ein gläubiger Katholik könne es nicht vor seinem Gewissen verantworten, sozialdemokratisch zu stimmen.

Die totale Gegnerschaft der katholischen Glaubenshüter zur SPD in den Gründerjahren des westdeutschen Staates hatte eine doppelte Ursache.

Zum einen haben die Gottesmänner bis heute nicht verwunden, daß sie im 19. Jahrhundert große Teile der europäischen Arbeiterschaft an die zumeist antikirchlichen Sozialisten verloren. Die Hierarchie revançierte sich mit einem weltweiten Verbot der Doppelmitgliedschaft. Noch 1931 bekräftigte Papst Pius XI.: „Es ist unmöglich, gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Sozialist zu sein.“ Dieses Verdikt übertrugen die westdeutschen Oberhirten nach 1945 bedenkenlos auf die Sozialdemokraten.

Zur Parteinahme für die CDU/CSU fühlten sie sich, zum anderen, auch

aus Tradition verpflichtet. Um sich gegen die Pressionen vor allem Bismarckscher Kirchenpolitik im protestantischen Preußen zu wehren, hatten die Katholiken 1870 eine eigene Partei, das Zentrum, gegründet, auf die Bischöfe und Prälaten stets einen direkten Zugriff besaßen. Als sich mit der CDU nach 1945 eine neue, diesmal überkonfessionelle, Christenpartei etablierte, hofften die Kirchenführer mit deren Hilfe auch die Politik des neuen Staates mitbestimmen zu können.

Nicht einmal Strauß war dem Kardinal rechts genug.

Vorsichtigen Wandel durch Annäherung brachte erst das Zweite Vatikanische Konzil. Unter dem Druck der weltweit schrumpfenden Zahl ihrer Getreuen und des schwindenden Einflusses auf ihre Gläubigen selbst in ehemals katholischen Stammländern wie Italien und Spanien lockerte das Konzil 1965 die politische Disziplin der Katholiken und verkündete als neue kirchliche Lehre: „In Fragen der Ordnung irdischer Dinge“ könne es unter Christen künftig „berechtigte Meinungsverschiedenheiten geben“. In solchen Fällen habe niemand das Recht, die Autorität der Kirche ausschließlich für sich und seine eigene Meinung in Anspruch zu nehmen.

15 Jahre hielten sich die deutschen Hirten — abgesehen von Ausrutschern etwa bei der Landtagswahl 1974 in Bayern — an diesen Komment. Zur

Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 1966 verzichteten sie mit ausdrücklichem Hinweis auf das Konzil erstmals auf eine massive Wahlempfehlung für die Union.

Und in ihrem Konzilskommentar räumten die westdeutschen Kirchenoberen 1969 ein: „Auch bei uns stellt das Verhältnis der Christen und der Kirche zu den politischen Parteien ein umstrittenes Kapitel der politischen Nachkriegsentwicklung dar.“ Zugleich forderten die Bischöfe die Katholiken auf, „mehr als bisher die staatstragende Funktion der politischen Parteien zu sehen und in den Parteien Verantwortung zu übernehmen“.

Noch im Mai 1980 begnügte sich das stark CDU-lastige „Zentralkomitee der deutschen Katholiken“, offizieller Dachverband katholischer Organisationen und kirchlicher Räte, in einer Erklärung zur Bundestagswahl mit einem Sachkatalog von Forderungen an die Bonner Politik der 80er Jahre — ohne die Union oder ihren Kandidaten als deren Vollstrecker anzupreisen.

Doch Schmidt und seine Genossen hätten eigentlich vorgewarnt sein müssen.

Es war vor allem der — in den Augen der Kirche negative — Verlauf der Abtreibungsdebatte, der die deutschen Bischöfe zuerst nur punktuell, dann auf immer breiterer Front in eine neue Offensive gegen die böse Welt trieb.

Als darüber auch noch die beiden einflußreichsten Vertreter einer wahrlich nur gemäßigten Öffnung zur Welt starben, der Münchner Erzbischof Julius Kardinal Döpfner (1976) und der

* 1973 bei einer Demonstration gegen die Änderung des Paragraphen 218 auf dem Bonner Münsterplatz; neben Höffner der Paderborner Erzbischof Degenhardt.

Die Herde denkt anders

SPIEGEL-Umfrage unter deutschen Katholiken über den Hirtenbrief

Die katholischen Bischöfe der Bundesrepublik wollen der CDU/CSU bei der Wahl am 5. Oktober zu einer Mehrheit verhelfen, aber sie haben bei dieser Aktion nur eine Minderheit der Katholiken auf ihrer Seite.

Dieses Ergebnis brachte in der vergangenen Woche eine Blitzumfrage des Bielefelder Emnid-Instituts für den SPIEGEL. Befragt wurden knapp tausend Männer und Frauen, repräsentativ für die 16 Millionen erwachsenen Katholiken in der Bundesrepublik.

81 von 100 Befragten hatten von dem Hirtenbrief „gehört oder gelesen“. Abgesehen von der Enzyklika, mit der Papst Paul VI. im Jahre 1968 den katholischen Frauen die Pille verbot, dürfte es schon seit Jahrzehnten keinen kirchlichen Text gegeben haben, der binnen weniger Tage so viele deutsche Katholiken beschäftigte.

Den Wortlaut hatten allerdings nach der „Frankfurter Rundschau“ nur wenige andere Zeitungen veröffentlicht. Deshalb schilderten die Emnid-Interviewer die strittigsten Punkte des kirchenamtlichen Textes:

In dem Hirtenbrief kritisieren die Bischöfe, daß „vielen ungeborenen Kindern das Recht auf Leben verweigert wird“, und sie kritisieren in diesem Zusammenhang die jetzige Fassung des Paragraphen 218. Sie kritisieren ferner, daß staatliche „Gesetze die Ehescheidung begünstigen“, und sie kritisieren schließlich, daß es in der Bundesrepublik „eine gefährlich hohe Staatsverschuldung“ gebe.

Je 23 von 100 Katholiken gehen „jeden oder fast jeden Sonntag“ oder „mindestens einmal im Monat“ zur Kirche. Mithin können die Bischöfe in weitem Sinne 46 von 100 Katholiken zum Kirchenvolk zählen.

Aber zu welchem Aspekt des Hirtenbriefs Emnid die Meinung der deutschen Katholiken auch erforschte,

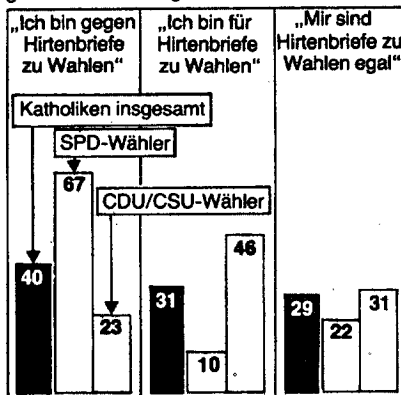
Wahlhilfe für die CDU/CSU?

In einer Blitzumfrage ermittelte das Bielefelder Emnid-Institut vergangene Woche für den SPIEGEL die Ansichten der deutschen Katholiken über den Hirtenbrief der katholischen

Bischöfe zur Bundestagswahl 1980. Die Ergebnisse wurden auch für Teilgruppen je nach Parteipräferenz und Kirchenverbundenheit ermittelt.

Dafür oder dagegen?

Drei Antworten standen zur Wahl, um die allgemeine Einstellung zu erforschen.



Politisch neutral?

Den Befragten wurden die Hauptthemen des Hirtenbriefes genannt (Abtreibung, Ehescheidung, Staatsverschuldung), gebeten wurde um ein Urteil über diesen Inhalt des Hirtenbriefes.

Entspricht „der Ansicht der SPD und FDP“

12

Entspricht „der Ansicht der CDU/CSU“

63

„Ist parteipolitisch neutral“

25

An 100 fehlende Prozent: keine oder andere Antworten

Gehen die Bischöfe zu weit?

Umstritten ist, ob die Bischöfe zu weit gegangen sind. Dazu die Ansichten der deutschen Katholiken:

Katholiken insgesamt SPD-Wähler CDU/CSU-Wähler

„Die Bischöfe sollen allenfalls mahnen, die Wahl ernstzunehmen“

„Abtreibung und Ehescheidung sind Themen für einen Hirtenbrief, Staatsverschuldung nicht“

„Den Bischöfen muß überlassen bleiben, zu welchen Fragen sie sich äußern“

Werden Sie selbst nun anders wählen?

Nur 15 von 100 deutschen Katholiken erklärten vergangene Woche, daß ihre Entscheidung für die Bundestagswahl noch nicht feststeht. Auf die Frage, ob „der Hirtenbrief ihre Wahlentscheidung beeinflussen wird“, antworteten von dieser Teilgruppe:

„Nein, wird meine Entscheidung nicht beeinflussen“

10

„Ja, wird meine Entscheidung beeinflussen“

4

Die Themen der Bischöfe

Deutschlands Katholiken über Abtreibung, Ehescheidung, Staatsverschuldung

Über Abtreibung und Ehescheidung sind die meisten Katholiken anderer Ansicht als die Bischöfe in ihrem Hirtenwort zur Bundestagswahl. Die Antworten differieren je nach Nähe oder Distanz zur Kirche.

■ = Katholiken insgesamt
 Teilgruppen je nach Häufigkeit des Kirchgangs:
 ■ = „Jeden oder fast jeden Sonntag“
 □ = „Mindestens einmal im Monat“
 □ = „Gelegentlich oder nie“

Mehr Freiheit für Schwangere?

Zum Schwangerschaftsabbruch stellte Emnid vier Antworten zur Wahl.

„Schwangerschaftsabbruch soll überhaupt nicht bestraft werden“

22

7

16

31

„Soll bei ärztlicher Empfehlung und bei schlechten sozialen Verhältnissen erlaubt sein“

32

34

35

29

„Soll in den ersten drei Monaten erlaubt sein“

19

6

12

28

„Soll nur erlaubt sein, wenn das Leben der Frau gefährdet ist“

27

54

38

12

Ehescheidung zu leicht?

Laut Hirtenwort „begünstigen“ die staatlichen Gesetze die Ehescheidung, sie sollen dann verschärft, die Ehescheidung soll erschwert werden. Dazu die Ansichten der katholischen Bundesbürger:

„Staatliche Gesetze sind richtig“

38

36

30

41

„Ehescheidung ist zu schwer“

19

10

13

26

„Ehescheidung ist zu leicht“

42

52

56

32

Wer mindert Staatsschulden?

Zur Staatsverschuldung wurde gefragt, „wer das Problem besser in den Griff bekommen würde“. Die Antworten:

„Regierung der SPD/FDP mit Helmut Schmidt“

36

20

22

49

„Regierung der CDU/CSU mit Franz Josef Strauß“

61

79

72

49



in keinem einzigen Punkt fanden die Bischöfe die Zustimmung einer so großen Minderheit. Mit anderen Worten: Sonntags sitzen unter den Kanzeln mehr Katholiken, als den Bischöfen auf ihren politischen Abwegen folgen wollen. Die Herde denkt anders als die Hirten.

Nur 31 von 100 Katholiken sprachen sich für Hirtenbriefe zu Wahlen aus, weitaus die meisten sind entweder dagegen oder nehmen diese Schriftstücke sowenig zur Kenntnis wie andere Lebenszeichen der längst von ihnen verlassenen Kirche.

Ebenfalls nur 31 von 100 Katholiken bejahten den Inhalt des Hirtenbriefes einschließlich des Themas Staatsverschuldung. Die Mehrheit hält entweder nur Abtreibung und Ehescheidung für denkbare Themen oder meint, die Bischöfe sollten überhaupt schweigen oder die Katholiken nur mahnen, zur Wahl zu gehen.

Sogar nur 25 Prozent der Katholiken halten den Hirtenbrief für „partei-politisch neutral“. Eine Zwei-Drittel-Mehrheit ist davon überzeugt, daß der Text „der Ansicht der Oppositionsparteien CDU und CSU entspricht“.

Und auch als nach den umstrittenen Themen des Briefes gefragt wurde, zeigte sich, daß die Bischöfe nur für eine Minderheit der Katholiken sprechen können.

So sind lediglich 27 von 100 Befragten wie die Oberhirten der Ansicht, daß der Abbruch einer Schwangerschaft „nur erlaubt werden soll, wenn das Leben der Frau gefährdet ist“ (so eine von vier Ennid-Antwortvorgaben).

32 von 100 Katholiken bejahten in etwa die heutige gesetzliche Regelung, weiteren 41 Prozent ist auch der neu gefaßte Paragraph 218 noch nicht liberal genug. Sie befürworten Straffreiheit bei Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten (die sogenannte Fristenregelung) oder überhaupt.

Ob der Hirtenbrief „der CDU/CSU Stimmen bringen wird“ (wie 56 Prozent der Befragten meinen), ist zweifelhaft.

Für weitaus die meisten Katholiken kommt der Brief ohnehin zu spät. 62 von 100 wählen immer dieselbe Partei, weitere 22 von 100 haben sich diesmal schon festgelegt. Nur 15 von 100 hatten sich vorige Woche noch nicht entschieden.

Von ihnen bejahte zwar etwa jeder dritte die Frage, ob der Hirtenbrief seine Wahlentscheidung beeinflussen wird. Aber es bleibt durchaus offen, ob und wie dies geschieht.

Denn unter den Katholiken ist die Zahl der noch unentschiedenen Wähler um so höher, je größer ihre Distanz zur Kirche ist, je jünger sie sind und je entschiedener sie sich gegen den Hirtenbrief äußern.

Münsteraner Bischof Heinrich Tenhumberg (1979), war der Rechtsruck im Episkopat programmiert.

Seither begann unter Führung des Kölner Kardinals Höffner und des Döpfner-Nachfolgers auf dem Münchner Bischofsstuhl, Ratzinger, der Rücklauf zu alten Zeiten: Was sich katholisch nennt, soll auf den rechtgläubigen Standpunkt gebracht werden. Die Säuberung nach innen lief an.

In allen Diözesen wurde das Ehe- und Familienleben kirchlicher Mitarbeiter durchkämmt: Kirchenangestellte ohne kirchlichen Trauschein mußten gehen, Kindergärtnerinnen mit der falschen Konfession wurde gekündigt; Religionslehrer, die ihre Kinder nicht früh genug oder gar protestantisch taufen ließen, verloren die kirchliche Lehrbefugnis; heiratswillige, aber dem Zölibat verpflichtete Theologieprofessoren wurden von katholischen Fakultäten verwiesen, aufgeschlossene, in der Euphorie der Konzilszeit verfaßte Glaubensbücher durch rechtgläubige, von den Bischöfen autorisierte Katechismen ersetzt.

Gefahr witterten die Bischöfe wieder vornehmlich von links. Der Student Günter Rausch wurde von der Katholischen Fachhochschule Freiburg zwangsexmatrikuliert, weil er auf dem Schulgelände „rote blätter“ vom Marxistischen Studentenbund Spartakus anbot. Die Regensburger Sozialarbeiterin Ute Schilde fand bei ihrer Rückkehr aus dem Urlaub einen Kündigungsbrief der Katholischen Jugendfürsorge vor.

Kündigungsgründe: Sie habe einen Aufruf „Schützt die bürgerlichen Rechte“ mitunterzeichnet, sei auf kommunistischen Veranstaltungen gesehen worden und zeichne für ein Plakat verantwortlich, das den ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Karl Filbinger und den von Filbinger 1945 zum Tode verurteilten Matrosen Gröger zeigte. Kirchen-Urteil: „Diffamierung eines christlich-demokratischen Politikers.“

Der Unerbittlichkeit nach innen folgte die größere Härte nach außen. Merklich häufiger und lautstärker als in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts protestierten deutsche Bischöfe wieder: gegen Koop-Schulen und schulischen Sexualkundeunterricht, gegen die Reform des Ehescheidungs- und des Sorgerechts, gegen Judos, Jusos und die „radikalen Gesellschaftsveränderer in den Massenmedien“.

Behutsamer eingestellte Bischöfe wie der Limburger Wilhelm Kempf oder der Trierer Bernhard Stein, der Paderborner Johannes Joachim Degenhardt oder der Aachener Hemmerle werden in der Bischofskonferenz von den konservativen Wortführern überrollt. Die meisten Oberhirten, verriet einmal der damalige Münsteraner Bischof Heinrich Tenhumberg, „sind ohne eigene Meinung oder artikulieren sie nie“.

Nach innen abschotten und nach außen losschlagen — diese neue Kirchenstrategie verkörpert wie kein anderer Joseph Kardinal Höffner, 73, seit 1969 Erzbischof von Köln und nach dem Tode Döpfners Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz.

Der Westerwälder Bauernsohn, der vor dem Zweiten Weltkrieg acht Jahre lang Theologie an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom studierte und nach dem Krieg erst Professor für christliche Soziallehre am Trierer Priesterseminar (1945 bis 1951), dann Professor für christliche Sozialwissenschaften an der Universität Münster (bis 1962) war, stand zeitlebens allem Progressiven skeptisch bis ablehnend gegenüber.



Aachener Bischof Hemmerle*
Lascher Entwurf

Bereits in seinen Schriften aus den 50er und 60er Jahren wimmelt es von Bannflüchen: Gegen Empfängnisverhütung und Gemeinschaftsschule, gegen den „herrschenden Zeitgeist“ und die moderne Theologie, gegen Ehescheidung und die Aufhebung des Zölibats, gegen SPD, Marxismus, Kommunismus und Bolschewismus, gegen vorehelichen Verkehr und gegen den Menschen, „der an Gott rüttelt“.

Kein Wunder, daß dem Kölner Kardinal der zahme, auf politischen Ausgleich bedachte Döpfner-Kurs nicht paßte. Bereits zu Lebzeiten Döpfners beklagte er, so 1974 im „Rheinischen Merkur“, den kirchlichen „Rückzug aus dem staatlichen und gesellschaftlichen Raum“ und stocherte: „Es ist höchste Zeit, daß die

* Unter dem Schirm.

"Peter Scott-Pullover werden auch in den nächsten 100 Jahren zu den besten der Welt gehören".



Peter Scott, Gründer

Hervorragende Qualität war schon immer gute Familien-Tradition der Scotts. Deshalb gehören Peter Scott-Pullover zu den wenigen Dingen auf dieser Welt, die man nicht besser machen kann. In Deutschland und Österreich erhalten Sie Peter Scott-Pullover bei guten Ausstattern und Modehäusern.

Peter Scott



SCOTTISH 1878 KNITWEAR

Alleinververtretung für Deutschland und Österreich:
M. O. Waldner & Co.,
Neuer Wall 26-28, 2 Hamburg 36
Tel.: (040) 36 61 66

gläubigen Katholiken „aus dem Turm heraustraten“ und nach dem Rechten sehen.“

Das tat er denn auch, kaum zum Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz gewählt. Bereits im Bundestagswahlkampf 1976 machte er aus seiner Sympathie für die CDU/CSU kein Hehl. Und nach dem Wahlkampf begründete er das im Deutschlandfunk: „Die Programme, die Politik und die Personen der einzelnen Parteien sind hier entscheidend. Da ist es doch nicht verwunderlich, wenn die Kirche zu einer Partei, die den Grundüberzeugungen der Kirche nähersteht als eine andere, ein besseres Verhältnis hat.“

Nicht einmal sein bayrischer Glaubensbruder Franz Josef Strauß war dem Kardinal stets rechts genug.

Als Strauß im September letzten Jahres in „Bild“ die Kirche wegen ihrer starren Ablehnung der Abtreibung kritisierte („Die Kirche nimmt einen sehr strengen Standpunkt ein. Sie wird damit den Wirklichkeiten, die im Leben auftreten, nicht immer gerecht“), gab Höffner, ebenfalls in „Bild“, zurück: „Beim Schutz des ungeborenen Kindes“ handle es sich nicht um eine „Sondermeinung der Kirche“, sondern um Grund- und Menschenrechte, „auf die auch jeder Politiker verpflichtet ist“.

Daß für den Oberhirten selbst ein so spezielles Thema wie die CDU/CSU-Kritik an der Staatsverschuldung etwas mit den Grundüberzeugungen der Kirche zu tun hat, hängt mit der speziellen Begabung des Menschen Joseph Höffner zusammen.

Der Dr. theol., Dr. phil., Diplomvolkswirt, Dr. rer. pol., Dr. rer. pol. h. c. hat sich über Wirtschaftsfragen mancherlei Gedanken gemacht. Immerhin zählt er sich selbst zu den geistigen Vätern der Rentenreform von 1957. Er

gehörte — unter Adenauer — jahrelang wissenschaftlichen Beiräten in den Bundesministerien für Familie, für Wohnungsbau und für Arbeit an.

Unbestritten ist, daß der „Sozialwissenschaftler von internationalem Rang“ (die Katholische Nachrichten-Agentur KNA) jedenfalls in der Praxis mit Geld umgehen kann. Die Kölner Erzdiözese, über deren Jahresetat (1980: 631 Millionen Mark) er entscheidend mitbestimmt, gilt als die zweitreichste der Welt.

Da der Kardinal als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz dazu noch mit dem Etat des Verbandes der Diözesen, indirekt mit den diversen Bischöflichen Hilfswerken und, als Mitglied der Präfektur für die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Vatikans, auch mit Vatikan-Geldern befaßt ist, hat er derzeit bei der Verwendung von jährlich rund einer Milliarde Mark ein gewichtiges Wort mitzureden.

Die Katholiken als Gruppe gibt es längst nicht mehr.

Kompetent fühlt sich der Kirchenfürst aber vor allem in der Wirtschafts-Theorie. In seiner „Christlichen Gesellschaftslehre“ beispielsweise, in sieben Sprachen übersetzt und auf deutsch in siebter Auflage erschienen, versucht er der Welt plausibel zu machen, wann Geldausgeben mit dem katholischen Glauben harmonisiert.

Höffners Kernthese: Ob „Bauland-Preisbildung“ oder „gleitende Arbeitswoche“, „Geldentwertung“ oder „Unternehmergewinn“, „Tarifautonomie“ oder „Konjunkturpolitik“, das „Brutto-sozialprodukt“ oder die „Gewerkschaften“ — „alle Wirtschaft ist dem Sittengesetz unterstellt“, die Auslegung des

Auflage
1,25 Millionen
täglich und werktäglich

NEUE Aus Liebe unter Zigeunern • Der »Böse« und die Engelmänner • Sich liften lassen? • Freund mit 16

neue
33 bildpost
50. Pionier-Wochenzeitung
GRÖSSTE CHRISTLICHE WOCHENZEITUNG EUROPAS

Ein Ginepro in der »Grotchenirago«
Erst die Umarmung,
dann der Tritt

Die strengste schieds-
prozedur...
Die strengste schieds-
prozedur...
Die strengste schieds-
prozedur...



Plagge gezeigt
Es lohnt sich
zu kämpfen!

Wer zuletzt
lacht...

Don mag ich - und don wähle ich!
Und ohne ihn?

Frank
in Süddeutschland

Katholische Wahlkampf-Zeitung: Mit dem Herrgott gedroht

Sittengesetzes aber „dem Lehramt der Kirche, Papst und Bischöfen“.

Lauter schöne Sachen ergeben sich mit diesem logischen Trick für Höffner direkt aus Gottes Gebot: „Eigentum für jedermann“ etwa und so hohe Reallöhne, daß „jeder sparen kann“; die Anpassung der Renten an die volkswirtschaftliche Entwicklung oder der Familienlastenausgleich und eine „breite und baldige Vermögensstreuung im Kapitalektor“. Das „Geldwesen“ muß, so der Kardinal in seinem Wirtschaftskatechismus, „durch eine am Gemeinwohl ausgerichtete Geldpolitik so geordnet werden, daß die Stabilität der Preise, der Einkommen und der Beschäftigung gewährleistet bleibt“.

Staatsverschuldung als Sünde wider Gott — für Höffner und seine Schlichtökonomie einleuchtend.

Für Höffner-Vorgänger Döpfner undenkbar. Erst kurz vor seinem Tod hatte der Münchner Kardinal in einem Vortrag vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie die Bischöfe zur Selbstbescheidung in Wirtschaftsfragen ermahnt. „Mit Bedacht“ trügen die Aussagen des obersten kirchlichen Lehramts „allgemeinere, prinzipiellere Züge“. Wo sie „mehr ins Detail gehen, stoßen sie bald an ihre Grenzen und setzen sich dem kritischen Zugriff der Experten aus“.

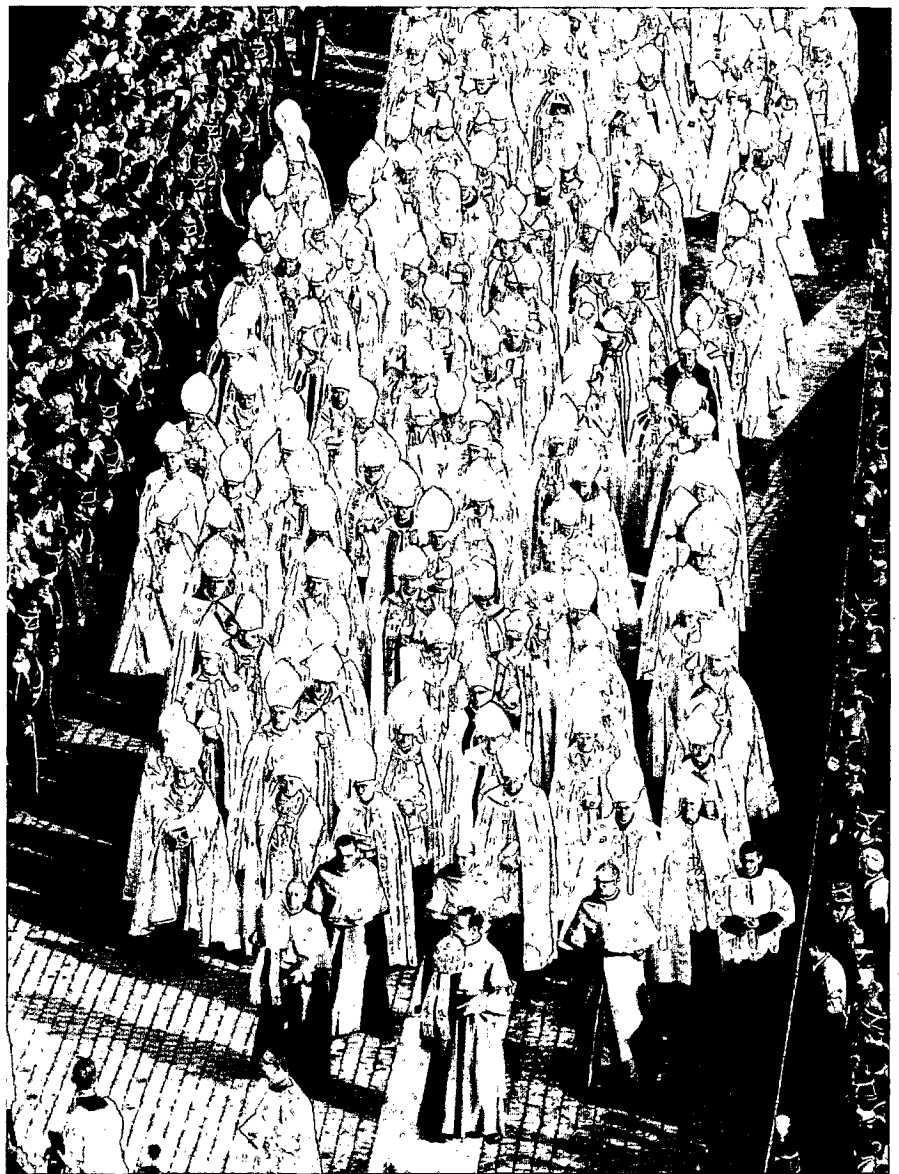
Mit ihrem Rechtsdrall stabilisierten Höffner und seine Mithirten freilich nur den durch Konzil und Bonner Machtwechsel verunsicherten harten Kern ihrer Getreuen.

Die katholische „neue bildpost“, die sich selbst als „Größte christliche Wochenzeitung Europas“ bezeichnet, wirft an den vier Sonntagen vor der Wahl Sonderausgaben mit jeweils 1,25 Millionen Auflage kostenlos auf ihren Markt — vor katholischen Gotteshäusern und an Schriftenständen in den Kathedralen. Werbespruch: „Helfen Sie mit, den 5. Oktober zu gewinnen.“

Textprobe: „Helmut Schmidt dürfte als ‚Abtreibungskanzler‘ in die Geschichte Deutschlands eingehen. In zwanzig, dreißig Jahren wird er sich einer Abstimmung stellen müssen, bei der eine einzige Stimme den Ausschlag gibt: die Stimme Gottes, des Richters.“

Als sich Egon Bahr beim Sekretär der Bischofskonferenz, Josef Homeyer, darüber beschwerte, was in dem Regenbogenblatt im Namen Jesu Christi alles behauptet werde, stieß er auf kühle Distanz. Der Prälat: „Sie werden verstehen, daß wir uns hier von seiten des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz nicht einmischen können und wollen.“ Dies falle „in den Kompetenzbereich der Diözesen und der Pfarrgemeinden“.

Doch die wollen angeblich ihre „bildpost“. Auf Bahrs schriftliche Beschwerde an die Generalvikare der 22 westdeutschen Diözesen, er glaube nicht, „daß es im Interesse der Kir-



Bischöfe auf dem Konzil: Wandel durch Annäherung

che ... liegen kann, wenn direkte und ausdrückliche Wahlkampfaktivitäten in den Bereich des Gottesdienstes eingetragen werden“, erhielt der SPD-Manager am letzten Freitag abschlägigen Bescheid.

Die Pfarrer, so ließ ihn Günter Graf von der Zentralstelle für Medien der Bischofskonferenz im Auftrag „verschiedener Generalvikare“ wissen, könnten nach geltendem Kirchenrecht selbst bestimmen, was sie an frommer Literatur in ihren Kirchen auslegen. Und zahlreiche Kleriker hätten festgestellt, daß die „bildpost“ wegen ihrer umfangreichen Wahlkampfberichte von ihren Katholiken gern gelesen würde.

Das indes gilt allenfalls für eine Minderheit. Die Mehrzahl der Kirchenmitglieder treibt die rechte Offensive der Oberen eher noch weiter aus den Gotteshäusern.

Die Gruppe, an die sich die Bischöfe mit ihrem Wahltext wenden, gibt es längst nicht mehr. Die Katholiken in

der Bundesrepublik haben nur noch die Buchstaben „rk“ auf den staatlichen Steuerkarten gemeinsam.

Auch der höhere Klerus hat sich längst damit abgefunden, daß es zwei grundverschiedene Typen von Katholiken gibt:

▷ eine Minderheit, die sich mit der Kirche verbunden fühlt, fast jeden Sonntag die Messe besucht, kirchlichen Weisungen, einschließlich Hirtenbriefen, zu folgen trachtet; und

▷ eine Mehrheit, die auf Distanz zur Kirche gegangen ist, den Gottesdiensten häufig oder immer fernbleibt und sich auch längst nicht mehr den kirchlichen Geboten und Weisungen verpflichtet fühlt.

Beide Gruppen unterscheiden sich auch in ihrer Einstellung zu den Parteien, wie das Allensbacher Institut für Demoskopie bei den Bundestagswahlen vor vier Jahren auszählte.

82 Prozent der sonntäglichen Kirchenbesucher wählten die CDU/CSU;

„Die Politiker haben Christus verjagt“

Spanien und Italien — die Kirche auf dem Rückzug aus der Politik

In den beiden erzkatholischen Ländern Spanien (98,51 Prozent Katholiken) und Italien (99,6 Prozent Katholiken) wäre eine einheitliche Stellungnahme der Bischöfe zu einer rein weltlichen Streitfrage wie der Staatsverschuldung heute kaum denkbar — und das will etwas heißen: In Spanien war bis 1967 eine andere Religion als die katholische von Staats wegen verboten, Primas von Italien ist der Papst.

Den spanischen Bürgerkrieg hatte der Erzbischof von Toledo als Kardinal-Primas von Spanien zum Kreuzzug gegen die Republik erklärt, die meisten Bischöfe bejubelten Franco. Erst in den letzten Jahren der Diktatur löste sich die Kirche vorsichtig vom Franquismus. Nach dem Tod des Diktators hat die Bischofskonferenz dann den Demokratisierungsprozeß teils vorsichtig, teils ermunternd begleitet.

Beim Referendum über die neue demokratische Verfassung im Dezember 1978 zeigte sich, daß die spanische Kirche gespalten war in eine liberale Mehrheit, die den Reformkurs der Regierung stützte, und in eine erzkonservative nationalkatholische Minderheit.

60 von 75 Bischöfen der Bischofskonferenz traten dafür ein, in allen Gemeinden eine neutrale Erklärung zu verlesen, in der dem Gläubigen erlaubt wird, „ganz allein nach seinem Gewissen“ für oder gegen die neue Verfassung zu stimmen.

10 konservative Bischöfe nur weigerten sich, diese neutrale Erklärung zu akzeptieren. Sie ließen eine eigene Erklärung mit dem Aufruf verlesen, gegen die Verfassung zu stimmen, weil sie „liberal, marxistisch, revolutionär und antichristlich“ sei, so der Bischof von Cuenca, Monseñor Guerra Campos.

Vor der letzten Parlamentswahl im März 1979 gab die spanische Bischofskonferenz eine Erklärung heraus, in der sie die Wähler warnte, Parteien zu wählen, die für Ehescheidung und Abtreibung eintreten und die Erziehung sozialisieren wollten — gemeint waren vor allem Kommunisten und Sozialisten.

Nur wenigen Bischöfen reichte diese Warnung nicht. Monseñor Guerra Campos etwa forderte die Gläubigen von der Kanzel aus auf: „Die Politiker haben Christus schon aus dem Parlament verjagt. Sorge du dafür, daß er nicht auch noch aus Spanien vertrieben wird.“

Auch die italienische Bischofskonferenz mit ihren über 200 Mitgliedern hat vor Wahlen immer wieder Erklärungen abgegeben, teils förmliche Hirtenbriefe, teils „Mitteilungen“, die in der Öffentlichkeit als Wahlhilfe für die seit 34 Jahren regierende Democrazia cristiana (DC) gewertet wurden.

Aber: Zur Zeit von Papst Pius XII. ließ die Aufforderung, „christlich“ zu wählen, keinen Zweifel daran, daß Katholiken eben nur für die DC stimmen durf-



Papst Johannes Paul II.
Tadel für Abtreibungsgesetz

ten. Seit Ende der 60er Jahre jedoch wurden die frommen Erklärungen differenzierter, vorsichtiger.

Bis zu den Parlamentswahlen von 1968 betonten die Bischöfe häufig die „Einheit der Katholiken“, so in einem Appell von 1964, vor Provinz- und Kommunalwahlen: „Die Einheit der Katholiken — auch im bürgerlich-gesellschaftlichen Bereich — ist weiterhin eine Notwendigkeit, die verteidigt und gefördert werden muß.“

Das hieß, nunmehr verklausuliert immer noch: DC wählen! Seit 1970 aber taucht diese Formel von der „Einheit der Katholiken“ nicht mehr auf. Die Oberhirten akzeptierten, obwohl gewiß widerwillig, daß Katholiken für eine andere Partei als die DC stimmen könn-

ten. Überdies mißfiel die DC wegen vieler Skandale und Mißwirtschaft sogar hohen Klerikern.

Bei den Parlamentswahlen von 1976 stimmten dann Hunderttausende von liberalen oder linken Katholiken für die KPI, zumal prominente Linkskatholiken als Unabhängige auf den KPI-Listen kandidierten. Selbst im „ewigen“ Rom regiert seit 1976 eine KPI, obwohl — ein deutlicher Rückfall — der Generalvikar des Papstes für das Bistum Rom, Kardinal Poletti, die Wähler gemahnt hatte, dafür zu sorgen, daß die „Stadt Gottes“ nicht den Atheisten in die Hände falle.

Zu konkreten Fragen haben die Bischöfe in der letzten Zeit nur dann noch Stellung genommen, wenn diese die kirchliche Doktrin oder moraltheologische Fragen berührten: katholische Erziehung, Ehescheidung, Abtreibung.

Aber nicht mal in Fragen der Moral folgen weite Kreise der italienischen Katholiken ihren Oberhirten mehr. So hatten Vatikan und Bischöfe im Verein mit den Christdemokraten die Einführung der Ehescheidung verhindern wollen — vergeblich. Das Gesetz kam 1970 durch.

Katholische Ultras sammelten dann 1,3 Millionen Unterschriften für ein Referendum zur Beseitigung der Reform. Bischöfe und Vatikan förderten den Plan, wobei sie auf das katholische Sakrament der Ehe und auf das Konkordat verwiesen.

Doch der Kreuzzug gegen die Scheidung mißlang: In der Volksabstimmung vom 12. Mai 1974 waren 59 Prozent der Wähler dafür, das Scheidungsgesetz beizubehalten. Scheidungsfeind Papst Paul VI. empfand „Schmerz und Erstaunen“.

Seitdem ist die Kirche noch vorsichtiger geworden. Sie kämpfte nur noch versteckt gegen das liberale Abtreibungsgesetz, das 1978 in Kraft trat. Derzeit sammeln abermals Katholiken Unterschriften, um das Gesetz wieder abzuschaffen. Die Bischöfe ahnen wohl, daß die Kampagne fehlschlägt, und helfen nur halbherzig.

Allerdings tadelte Papst Johannes Paul II. das Gesetz heftig: „Das Leben im Mutterschoß darf nicht unterdrückt werden.“

Prompt warfen die Sozialisten dem Papst „unerhörte Einmischung in die staatliche Sphäre“ vor.

je seltener die Katholiken in die Kirche gehen, desto geringer wird der Anteil der Unions-Wähler. Bei denjenigen, die überhaupt keinen Gottesdienst mehr besuchen, sind es nur noch 30 Prozent.

Insbesondere seit dem „verhängnisvollen Traditionsbruch“ (Höffner) Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre leidet die katholische Kirche an Schwindsucht. So sank von 1950 bis 1978 der Anteil der sonntäglichen Kirchgänger von 48,7 auf 30,2 Prozent. In einem einzigen Jahr — 1978 — ging deren Zahl um nahezu eine halbe Million (5,1 Prozent) zurück. Das, so lamentierte der Kölner Kardinal, habe es „seit Kriegsende noch nie gegeben“.

Als die Bischöfe aus einer Allensbach-Untersuchung erfuhren, was die Katholiken von ihrer Kirche halten, nahmen sie die Tabellenbände sogleich unter Verschluss. Höffner offenbarte nur den Trend: „Die positiven Aussagen zur Kirche sind in allen Fragepunkten zum Teil sehr erheblich zurückgegangen.“

Parallel wuchs die Sympathie der Gläubigen für die Sozialdemokraten. Die Zahl der SPD-Wähler unter den Katholiken stieg von 1953 bis 1976 langsam, aber stetig von 22 auf rund ein Drittel.

Sogar unter den Führungskadern formierte sich Widerstand.

Ohne diesen Zustrom hätte es 1969 nicht zur Regierungsmehrheit für SPD und FDP gereicht. Und den Wahlsieg 1972 führte Allensbach-Chefin Elisabeth Noelle-Neumann „vor allem auf die katholischen Frauen“ zurück.

Der Sozialpsychologe Gerhard Schmidchen (Universität Zürich), hat festgestellt, „daß die politische Richtung am häufigsten gewechselt wird bei einem ambivalenten oder leicht negativen Verhältnis zur Kirche“. Die Katholiken, die sich von der Kirche emanzipiert haben, verteilen ihre Sympathien auf die Parteien etwa so wie die Protestanten.

Einen Parteiwechsel fassen katholische Wähler laut Schmidchen insbesondere dann ins Auge, wenn sie in wichtigen Fragen mit den Bischöfen nicht mehr übereinstimmen, und dann wenden sich sogar Kirchgänger von der CDU/CSU ab: „Je stärker die Wertkonflikte mit der Kirche sind, desto attraktiver wird die Sozialdemokratie für die Kirchenbesucher ebenso sehr wie für die Kirchenfernen.“

Ausgerechnet mit ihrem als Wahlhilfe für die CDU/CSU gedachten Hirtenbrief riskieren die Bischöfe solche Entscheidungen. Denn sie äußerten sich zum Abtreibungs-Paragrafen 218 und zur Ehescheidung und damit zu den beiden politischen Themen, die

unter Katholiken laut Schmidchen am umstrittensten sind.

Selbst unter den Führungskadern der Kirche formierte sich diesmal der Widerstand gegen das verordnete Wahl-Votum: Pfarrer und Kapläne in den Kirchenprovinzen verweigerten ihren Oberen offen und öffentlich den Gehorsam.

In zahlreichen Städten, so in Dortmund und Frankfurt, stimmten sich zahlreiche Geistliche ab, das Hirtenwort nicht zu verkünden, sondern es zur gefälligen Bedienung für die Gottesdienstbesucher lediglich an den Kirchentüren auszulegen.

Im westfälischen Marl verfaßten drei Geistliche einen kritischen Kom-

erteilten. „Die Theologie und das bischöfliche Lehramt“, so rügten die 12 in einem „christlichen Wort zum Hirtenbrief“, „haben kein besonderes Wissen darüber, ob die staatlichen Anleihen für unsere Wirtschaft notwendig, zweckmäßig oder überhöht seien.“

Sogar ein Bischof stand seinen Priestern milde bei: Der Limburger Oberhirte Wilhelm Kempf wies die Pfarrer seines Bistums an, das Hirtenwort zur Wahl „in den Sonntagsgottesdiensten vom 20./21. September“ zwar zu verlesen — aber nicht anstelle der üblichen Predigt mitten im Gottesdienst, sondern lediglich am Schluß der Messe „bei den Vermeldungen“, in denen die Kirchenbesucher über die



Süddeutsche Zeitung

mentar wider die Unmündigkeit der Christenmenschen, den sie gemeinsam mit dem Hirtenwort verteilen.

Acht Kapläne der Diözese Aachen forderten ihren Bischof Hemmerle in einem offenen Brief auf, die Epistel „in der vorliegenden Form zurückzuziehen und auf derartige Wahlhilfen für die Unionsparteien zu verzichten“. Die Kleriker: „Ein solcher Brief ist geistige und geistliche Nötigung und Bevormundung.“

Und bei einer Umfrage der „Stuttgarter Zeitung“ erklärten 16 Pfarrer der Diözese Rottenburg, sie würden die Wahlempfehlung keinesfalls mündlich an ihre Gemeinden weitergeben. Andere Priester kündigten an, sie würden das Sendschreiben zwar verlesen, sich aber von der Kanzel herab von der Bischofserklärung distanzieren.

Beistand erhielten die Kleriker an der Basis von 12 namhaften Theologieprofessoren, die ihren Oberhirten Nachhilfe in der Gotteswissenschaft

Veranstaltungen der nächsten Woche informiert werden — ein Termin, zu dem nach landesweitem katholischem Brauch ein Großteil der Gläubigen bereits ins Freie strebt.

Zwar dementierte Kempf, daß der Ukas als Distanz zum Wahl-Votum seiner Amtsbrüder zu deuten sei, doch zugleich stellte er klar, der Hirtenbrief habe „keinen Verkündigungscharakter“ und gehöre daher unter die üblichen außerliturgischen Ansagen.

Bei soviel Renitenz von unten und oben verlassen sich die katholischen Rechten denn auch lieber auf außerirdischen Trost. Der Wunsch-Kandidat Franz Josef Strauß, so munterte der vor allem unter konservativen Geistlichen verbreitete Informationsdienst „Schwarzer Brief“ seine Leser auf, habe trotz allem gute Chancen, die Wahl zu gewinnen — das habe die „populäre Wahrsagerin Dagmar Hoffmann aus Rheinfelden in Baden“ verlässlich aus dem Jenseits erfahren. ♦